

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten hat die Europäische Union eindrucksvoll gezeigt, dass sie als Gemeinschaft fest und geschlossen zusammensteht. 27 unterschiedliche Meinungen und Interessenlagen zusammenzuführen und am Ende einen Kompromiss zu schließen, war und ist keine einfache Aufgabe. Doch Europa hat es immer wieder geschafft! Zuletzt im Rahmen der Sanktionspakete gegen Putin und seine Verbündeten. Leider ist Viktor Orban einmal mehr im letzten Moment wieder ausgeschert. Das Geschachere um das Ölembargo beim letzten EU-Gipfel hat Europa sehr geschadet. Europa musste auf Strafmaßnahmen gegen das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt Patriarch Kyrill verzichten!



Deutliche Worte fand dazu Manfred Weber, EVP-Fraktionsvorsitzender und frisch gewählter EVP-Partei-Chef in seiner [Plenarrede](#) am Mittwoch.

Erst Anfang Juni haben wir als größte europäische Parteienfamilie EVP meinen niederbayerischen Kollegen Manfred Weber zum Parteivorsitzenden gewählt. 89 Prozent der Stimmen konnte Manfred bei unserem zweitägigen Kongress in Rotterdam für sich gewinnen. Ein tolles Ergebnis. Europa braucht starke Persönlichkeiten wie Manfred. Er kann unterschiedliche Interessen verbinden und steht gleichzeitig für Entschlossenheit und klare Botschaften. Seit vielen Jahren ist er sehr erfolgreich unser Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Manfred wird in Zukunft auch die europäische Parteienfamilie mit Umsicht, Weitsicht und neuen Ideen leiten. Auch unser Parteivorsitzender, Dr. Markus Söder, hat in Rotterdam deutlich gemacht, dass Manfred Weber vor allem als Brückenbauer die richtige Persönlichkeit in dieser Zeit für diese wichtige Aufgabe ist.

Eine La-Ola-Welle löste die Grünenabgeordnete Sarah Wiener aus als das Verbrennerverbot beim Auto eine Mehrheit im EU-Parlament fand. Kurzsichtig, durchsichtig, schwachsichtig! Wenn wir mit E-Mobilität nur noch auf eine Technologie setzen, besteht die Gefahr, dass wir am Ende nackt dastehen.

Lesen Sie in meinem Juni-Newsletter, was Europa und meinen Wahlbezirk außerdem bewegte.



Mein Europa

Statement Caspary und Niebler zur Wahl von Manfred Weber zum Vorsitzenden der EVP

Zur Wahl von Manfred Weber zum Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei am 31. Mai in Rotterdam erklärten **Daniel Caspary** (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament und **Angelika Niebler** (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Es erfüllt uns mit Stolz, dass mit Manfred Weber ein Mitglied der CDU/CSU-Gruppe nun auch die Europäische Volkspartei führt. Europa braucht starke Führungsfiguren wie Manfred Weber, der unterschiedliche Interessen verbindet und gleichzeitig für Entschlossenheit und klare Botschaften steht. Wie er schon seit vielen Jahren als Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament erfolgreich zeigt, wird Manfred Weber auch diese so vielschichtige Parteienfamilie mit Umsicht, Weitsicht und neuen Ideen überzeugend führen. Wir gratulieren ihm zu seiner Wahl ganz herzlich und wünschen ihm viel Erfolg.“

Für die Europäische Volkspartei ist der heutige Tag auch ein neuer Aufbruch. Die gewaltigen Herausforderungen, vor denen Europa steht, haben sich durch den russischen Krieg gegen die Ukraine nochmal vervielfacht. Mit Manfred Weber an der Spitze ist die Europäische Volkspartei bestens aufgestellt, diesen entschlossen und ideenreich zu begegnen und in den anstehenden Wahlen in Europa Wählerinnen und Wähler von unseren Ideen zu überzeugen.“

Auf dem Kongress der Partei in Rotterdam waren auch Mitglieder des Bayerischen Landtags anwesend. Auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder ist präsent gewesen, er hielt eine Rede vor dem versammelten Kongress.

60 Jahre Gemeinsame Europäische Agrarpolitik

Wenn die Supermarktregale immer voll sind, wenn das Angebot vielfältiger wird, ist das irgendwann selbstverständlich. Ist es aber nicht!

Nie wieder Hunger: Das war das Leitmotiv für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft. 1962 trat dann die GAP, die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, in Kraft. Bis heute ist sie die Königspolitik in der EU.

Vor allem Covid-19 und der brutale Angriffskrieg in der Ukraine machen es uns wieder bewusst: Ernährungssicherheit ist das A und O. Landwirtschaft ist systemrelevant.

Wir haben gemeinsame Regeln, gemeinsame Märkte, mehr Umwelt-, Tier und Gewässerschutz. Durch die ständige Verbesserung und Weiterentwicklung haben wir heute in Europa die weltweit sichersten und qualitativ hochwertigsten Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen.

In Zukunft brauchen wir deshalb mehr, nicht weniger Landwirtschaft. Mit mehr Wertschätzung, ausreichender Wertschöpfung erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe.

Es lebe die GAP, es lebe eine kluge Agrarpolitik!

Die vollständige Videobotschaft finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Marlene Mortler Momentaufnahmen“

Sie können [hier](#) die Pressemitteilung zum Thema einsehen.

Statement Lins zu LULUCF

Das Europäische Parlament hat seine Ziele zur Steigerung der Klimaambitionen im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) verabschiedet. Dazu erklärte **Norbert Lins** (CDU), Vorsitzender des Agrarausschusses:

„Wir brauchen Anreize für eine aktive Nutzung des Waldes für den Klimaschutz, zum Beispiel zur Anpassung an den Klimawandel oder der Speicherung und der Bindung von CO₂ in Holzprodukten. Es ist positiv, dass wir nun zum ersten Mal ein Speicherungsziel für 2030 konkret benennen und nicht nur Daten sammeln. Die dafür festgelegte Zielgröße muss realistisch und ehrgeizig sein und im Einklang mit einer nachhaltigen aktiven Waldbewirtschaftung, den Klimaneutralitätszielen, der Versorgungssicherheit als auch der Kreislaufwirtschaft im Einklang stehen. Ich bin froh, dass das Europäische Parlament heute nicht über dieses Ziel hinausgeschossen ist, wonach es zwischendurch durchaus aussah.“

Unser Fokus sollte zuallererst auf der Beseitigung fossiler Emissionen liegen. Dafür müssen wir fossile Produkte durch nachhaltige und nachwachsende ersetzen - brauchen also eine aktive Waldwirtschaft. Es darf nicht einfacher und billiger sein, Holz zu importieren, als lokale Produktion zu fördern. Zudem speichert ein gesunder und aktiv bewirtschafteter Wald auch mehr CO₂ und wird langfristig an den Klimawandel angepasst.“

Statement Caspary zu EU-Kommission /Konfiszierung von Vermögenswerten

Die EU-Kommission hat am 25. Mai einen Gesetzgebungsvorschlag zur Konfiszierung von Vermögenswerten von Kriminellen und Oligarchen vorgestellt. Dazu erklärte **Daniel Caspary** (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Manchmal zeigt sich erst wenn es darauf ankommt, wo eine stärkere Vereinheitlichung der Rechtslage notwendig ist. Der Ukraine-Krieg und seine Folgen liefert dafür ein eindringliches Beispiel, denn sowohl die rechtliche Bewertung der Umgehung von Sanktionen ist, als auch welche Mittel die Staaten haben, Sach- oder Geldvermögen von sanktionierten Personen zu konfiszieren, von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat höchst unterschiedlich.“

Vermögenswerte von sanktionierten Oligarchen zu konfiszieren, ist gerade in Deutschland rechtlich schwierig. Und auch strukturell haben wir Nachholbedarf. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten wie Italien haben wir weiterhin keine "Finanzpolizei" auf Bundesebene, die sich um solche Fragen gezielt kümmert, sondern verschiedene Zuständigkeiten bei der Polizei in den Ländern, beim Zoll und der Steuerfahndung. Der heutige Kommissionsvorschlag wird deshalb gerade für die Bundesrepublik einen notwendigen Anstoß liefern, sich für solche Fragen besser und vor allem einheitlicher auf Bundesebene aufzustellen.

Begrüßenswert ist auch, dass die Kommission eine rechtliche Basis dafür schaffen will, um Oligarchen-Vermögen anderweitig nutzen zu können. Wenn die Schuldigen des Krieges und Nutznießer des Putin-Regimes mit ihren Milliarden-Vermögen zum Wiederaufbau der Ukraine beitragen können, wäre dies nicht nur politisch begrüßenswert. Klar ist aber auch,

dass alle rechtsstaatlichen Prinzipien dabei jederzeit gewahrt werden müssen. Verfassungsrechtlich gibt es da durchaus Hürden.“

Statement Gahler zum deutschen Beitrag zur Verteidigung der Ukraine

Zur Diskussion um den deutschen Beitrag zur Verteidigung der Ukraine erklärte **Michael Gahler** (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Ukraine-Berichterstatler des Europäischen Parlaments:

„Die Haltung von Bundeskanzler Scholz wird der außenpolitischen Bedrohung Europas und der Not der Ukraine nicht gerecht. Der verbrecherische russische Angriffskrieg fordert täglich ukrainische Opfer und zerstört die Lebensgrundlagen von Millionen unschuldiger Menschen. Nicht irgendwo weit entfernt in der Welt, sondern zwei Flugstunden vom Kanzleramt entfernt, in einem Partnerland, das Teil unserer europäischen Familie ist. Der deutsche Bundeskanzler müsste eigentlich die kontinentale und die internationale Allianz zur Verteidigung und Befreiung der Ukraine und zum Sieg über die russische Armee dort anführen. Als Regierungschef der größten kontinentalen Wirtschaftsmacht, des wichtigsten europäischen Bündnispartners in EU und NATO, eines führenden Rüstungsproduzenten hat er dazu alle Hebel in der Hand. Scholz darf gegenüber Putin nicht weiter verzagen. Scholz muss nach Kiew reisen und die Befreiung der Ukraine von russischer Besatzung zum Ziel erklären. Er muss endlich die von der Industrie beantragte Genehmigung zur Lieferung der 100 Marder-Schützenpanzer zur Unterstützung der Ukraine erteilen. Die anderen Koalitionspartner sind dafür. Die Ukrainer kämpfen nicht für sich allein, sondern für Europa gegen die Verbrecher aus dem Kreml. Es liegt nicht im deutschen und europäischen Interesse, dass dieses faschistische Russland auch künftig außerhalb seiner eigenen Grenzen in Europa sein Unwesen treibt.“

Statement Caspary zur möglichen Freigabe der Gelder für den polnischen Wiederaufbauplan durch die EU-Kommission

Zur verabschiedeten Entschließung hinsichtlich des polnischen Wiederaufbauplans erklärte **Daniel Caspary** (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Bei der Rechtsstaatlichkeit darf es keine faulen Kompromisse geben. Es liegt jetzt einzig und allein an der polnischen Regierung, ob und wann die Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds fließen. Dafür muss die PIS-Regierung die vereinbarten Zwischenziele erfüllen und die unsägliche Justizreform glaubhaft zurückdrehen. Dass Polen hier schon Kompromissbereitschaft signalisiert hat, ist ein gutes Zeichen. Die eingeschlagene Richtung stimmt, aber der Weg ist noch lang.“

Wir wollen, dass das Geld aus dem Wiederaufbaufonds dem polnischen Volk zugutekommt. Denn was die Menschen in Polen im Rahmen des russischen Angriffs auf die Ukraine leisten, verdient unseren Respekt und vor allem auch unsere europäische Solidarität. Die polnische Aufnahmebereitschaft für geflohene Ukrainerinnen und Ukrainer und die generelle polnische Unterstützung der Ukraine sucht ihresgleichen. Nichtsdestotrotz dürfen wir keine Abstriche in Sachen Rechtsstaatlichkeit machen.“

Hintergrund:

Über ein Jahr hatte die EU-Kommission die Auszahlung von Corona-Hilfen aus dem milliardenschweren Wiederaufbaufonds blockiert. Vergangene Woche hat die EU-Kommission den polnischen Konjunkturplan angenommen. Insgesamt geht es um 23,9 Milliarden Euro an Zuschüssen sowie zusätzlichen 11,5 Milliarden Euro an Krediten. Bis Polen tatsächlich die Gelder ausbezahlt bekommt, wird es aber noch dauern - dazu muss Polen erst die im Aufbauplan vereinbarten Zwischenziele erfüllen. Diese betreffen unter anderem das Justizwesen.

Krieg gegen die Ukraine

Der brutale Überfall auf die Ukraine hat Europa und die Weltpolitik in Rekordzeit nachhaltig verändert. Der Krieg ist zurück in Europa. In vorher kaum vorstellbarer Einigkeit haben die EU und der Westen große Solidarität mit der Ukraine gezeigt, Millionen Flüchtlinge aufgenommen und gezielte Sanktionen gegen Putins verbrecherisches Regime ergriffen. Umso ärgerlicher ist es, dass Ungarn immer wieder ausschert, um seine eigene Agenda durchzusetzen. Das Geschacher um das Ölembargo beim vergangenen EU-Gipfel hat Europa sehr geschadet. Dass Viktor Orban nur wenige Stunden nach der Einigung das Paket wieder aufschnürt und den Verzicht auf Strafmaßnahmen gegen das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt Patriarch Kyrill durchsetzt, lässt die EU schwach aussehen. Viktor Orban darf den Bogen nicht weiter überspannen.

Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Die Ansprache des ukrainischen Parlamentspräsidenten im Plenum und damit im Herzen der europäischen Demokratie ist das richtige Signal. Die Zukunft des Landes liegt ganz klar in Europa.

Hintergrund:

Beim letzten EU-Gipfel Ende Mai haben sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Kompromiss hinsichtlich des Ölembargos geeinigt. Der Boykott gegen Öllieferungen aus Russland sieht vor, im kommenden Jahr auf dem Seeweg kein Öl mehr in die EU zu lassen. Lediglich Ungarn, die Slowakei und Tschechien sollen wegen ihrer großen Abhängigkeit noch bis auf Weiteres russisches Öl über die Druschba-Pipeline importieren dürfen. Sanktionen sollten eigentlich auch für das russische Kirchenoberhaupt Kirill gelten. Doch auf Druck Viktor Orbáns sieht die EU nun aller Voraussicht nach davon ab.

Statement McAllister zu Verteidigungspolitik / Angriffskrieg auf Ukraine

Das Plenum hat am 8. Juni eine Empfehlung angenommen, wie die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestärkt werden kann. Hierzu erklärte **David McAllister** (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Das Europäische Parlament untermauert mit dieser Empfehlung unseren Willen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nachhaltig zu stärken. Die EU muss sich dringend mit den erforderlichen Mitteln und Instrumenten ausstatten, um auf komplexe Sicherheitsbedrohungen reagieren zu können.

Eine robuste Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist die Grundlage dafür, die EU handlungsfähiger und eigenständiger zu machen. Die Mitgliedstaaten sollten darauf hinarbeiten, verteidigungsbezogene Fähigkeiten gemeinsam zu beschaffen und zu entwickeln.

Doppelarbeit und Fragmentierung müssen endlich beseitigt werden. Das Ringen um das sechste Sanktionspaket gegen die Russische Föderation war ein weiterer Beleg dafür, dass in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik Mehrheitsabstimmungen im Rat geboten sind. Ein echter und ernsthafter politischer Wille ist erforderlich, um Entscheidungsverfahren zu vereinfachen.

Um mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung zu übernehmen, bedarf es einer strategischen Neuausrichtung. Jetzt ist der Zeitpunkt neue Ambitionen europäisch abzustimmen, europäisch zu koordinieren und europäisch zu verwirklichen. Im 21. Jahrhundert braucht es mehr gemeinsames Handeln der EU und nicht weniger. Es geht darum, den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken.“

Statement McAllister zu Sicherheitsherausforderungen im Indo-Pazifik-Raum

Das Plenum hat sich am 7. Juni zu Sicherheitsherausforderungen im Indo-Pazifik-Raum positioniert. Hierzu erklärte **David McAllister** (CDU), Berichterstatter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Die Europäische Union hat ein ureigenes Interesse daran, einen Beitrag für die geopolitische Stabilität und sichere Handelsrouten im Indo-Pazifik zu leisten. Der indopazifische Raum bildet einen zentralen Punkt für den Welthandel, ist gleichzeitig aber auch geprägt von zwischenstaatlichen Spannungen. Konkurrenzdenken hat zu einem intensiven geopolitischen Wettbewerb geführt.

Die größten Herausforderungen im Indo-Pazifik sind eine fehlende regionale Sicherheitsarchitektur sowie die See- und Handelsrouten frei und sicher zu halten. Der Ansatz der EU im Indo-Pazifik sollte pragmatisch, flexibel und integrativ sein. Es gilt, unsere Präsenz und unser Handeln in der Region auf der Grundlage eines prinzipienfesten, langfristigen Engagements mit Partnern zu verstärken.“

Pressemitteilung zum Austausch der CDU-CSU-Gruppe mit dem Betriebsrat thyssenkrupp

Anlässlich der Abstimmungen des Europäischen Parlament zum Fit For 55-Gesetzgebungspaket hat sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament am 7. Juni mit Vertretern des Gesamtbetriebsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG ausgetauscht. In dem Gespräch, das von **Dennis Radtke** (CDU) initiiert wurde, wurden die Herausforderungen der europäischen Stahlindustrie durch die Europäische Klimagesetzgebung deutlich. Im Anschluss erklärten:

Dennis Radtke (CDU), Sprecher der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und Initiator des Gesprächs:

„Die CDU steht fest an der Seite der Beschäftigten in der deutschen Stahlindustrie. Ich bin dankbar für den Besuch in Straßburg. Wir wollen engagierten Klimaschutz und den Erhalt von Arbeitsplätzen.“

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Wir wollen die Klimaneutralität für Europa im Jahre 2050, aber sie darf nicht De-Industrialisierung bedeuten. Gerade Stahl ist als Rohstoff auch für die EU-Klimaziele essentiell,

auch als Bestandteil von Windrädern oder Elektroautos. Die europäische Stahlindustrie produziert schon heute vielfach emissionsärmer als die weltweiten Wettbewerber. Sie hat den Weg eingeschlagen, schon vor 2050 klimaneutral zu werden. Und sie steht für hochwertige Arbeitsplätze. Diese gilt es zu erhalten.“

Tekin Nasikkol, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG und Mitglied des Aufsichtsrats:

„Klimaschutz und Industriepolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir brauchen beides. Aber für die Transformation und den Erhalt der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie braucht es die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Die Politik wird die Voraussetzungen schaffen, damit wir unsere Transformationen schaffen können.“

Markus Grolms, Arbeitsdirektor der thyssenkrupp Steel Europe AG und Mitglied des Vorstands:

„Die Stahlindustrie kann und will einen signifikanten Beitrag zur Erreichung der europäischen Klimaziele leisten. Das ist doch klar! Deswegen brauchen wir jetzt Dialog und Unterstützung. Was wir nicht brauchen, sind zusätzliche Belastungen. Eine Kostenexplosion vor 2030 würde die Transformation nicht beschleunigen, sondern letztlich verhindern.“

Teller, Trog, Tank - Das geht sehr wohl!

Wir müssen unsere Potenziale ausschöpfen und unseren Beitrag zu einer stabilen Ernährungsversorgung für die Menschen in der Ukraine und für hungernde Menschen weltweit leisten. Teller steht an erster Stelle. Aber Trog und Tank sind nicht nur eine Ergänzung, sondern eine Bereicherung für aktiven Klimaschutz und geschlossene Kreisläufe. Das ist echte Nachhaltigkeit!

[Hier](#) finden Sie die vollständige Pressemitteilung zum Thema.

Teller-oder-Tank-These - fern der landwirtschaftlichen und ernährungspolitischen Realität

Die Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament tauschten sich Ende Mai mit Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius aus. Thematisiert haben die Abgeordneten dabei auch Bioenergie und Biokraftstoffe.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie auf meiner [Website](#).

Unheilige Allianz stoppt Klimapaket

Die Erweiterung des Herzstücks der EU-Klimapolitik, des EU-Emissionshandels, stand diese Woche auf der Tagesordnung des Europaparlaments. Nach monatelangen Beratungen wollte sich das Parlament zu dem Gesetz positionieren, das eine Vervierfachung der bisherigen Klimaschutz-Anstrengungen bedeuten würde. Ein fertiger Kompromiss lag auf dem Tisch, der sowohl die Klima-Ambitionen deutlich erhöht als auch die Interessen der davon betroffenen Industrie berücksichtigt hätte. Leider scheiterte dieser Kompromiss in letzter Minute an einer unheiligen Allianz von Sozialdemokraten, Grünen sowie Links- und Rechtsaußen gegen eine Koalition der Mitte aus Liberalen und Christdemokraten. Während bei

Grünen, Linken und Rechten die Ablehnung zu erwarten war, überraschte sie bei den Sozialdemokraten und Sozialisten, die eigentlich den Kompromiss mittragen wollten. Letztendlich war es die innere Uneinigkeit der Sozialisten, die zur Ablehnung führte. Gemeinsam mit einer Mehrheit hauptsächlich aus Liberalen und Christdemokraten hatten verschiedene Sozialdemokraten, darunter auch einige deutsche SPD-Abgeordnete, einem Antrag zur Mehrheit verholphen, der für eine dringend notwendige zusätzliche Entlastung der Industrie gesorgt hätte. Dieser Antrag ging wiederum anderen Sozialdemokraten zu weit, weshalb sie deshalb die Ablehnung des gesamten Textes durch ihre Fraktion durchsetzen. Gerade die SPD zeigte dabei ihre innere Zerrissenheit. 6 deutsche SPDler stimmten mit CDU/CSU dafür, 7 dagegen.

Es ist bedauerndswert, dass mangelnde Kompromissbereitschaft und fehlendes Verständnis für die berechtigten Anliegen der Industrie dazu geführt haben, dass der Klimaschutz in der EU nun zurückgeworfen wird. Gerade von einer Partei, die traditionell auch Industriearbeitern nahestand, würde man mehr Realitätssinn erwarten.

Europaparlament beschließt Verbrennerverbot

Kein Dieselfahrzeug und kein Benziner mehr, stattdessen nur Elektroautos im Angebot: Geht es nach dem Willen einer Mehrheit des Europaparlaments, wird dies schon 2035 europäische Realität. In einer kontroversen Abstimmung stimmte eine Mehrheit von Grünen, Sozialdemokraten, Liberalen und Linken für die Abschaffung des Verbrennermotors in Europa. Ab 2035 sollen nur noch Autos in Europa verkauft werden dürfen, die keinerlei Emissionen ausstoßen. Tatsächlich bedeutet dies, dass nur noch Elektroautos im Angebot sein werden.

Bis zuletzt hatte die CDU/CSU-Gruppe darauf gedrängt, die Emissionsvorgaben auf 90 Prozent zu verringern. Zehn Prozent der Autos hätten dann weiter mit modernsten Verbrennermotoren oder anderen neuartigen Technologien auf den Markt kommen können. Heute ist schließlich noch nicht absehbar, welche Innovationen 2035 auf dem Markt sind. Es ist auch bedauerndswert, dass sich Europa mit dem Beschluss endgültig von der Technologieoffenheit verabschiedet. Stattdessen wird ein Weg gewählt, bei dem die Politik festlegt, welche Technologie „gut“ ist, und welche „schlecht“. Für den Technologiestandort Europa ist diese Entscheidung fatal, da so auch Forschung an bestimmten Technologien nicht mehr in Europa stattfinden wird, zumal der Rest der Welt noch viel länger brauchen wird, auf Elektromobilität umzusteigen. Auch bei uns fehlt schlicht noch die notwendige flächendeckende Ladeinfrastruktur.

Gerade für die deutsche Automobilindustrie ist das ein schwerer Schlag, es droht der Verlust von 500.000 Arbeitsplätzen. Leider kommt es aber nicht überraschend, denn es fehlt auch an Rückendeckung aus Berlin: Die Ampel-Regierung hat sich ebenfalls auf ein Verbrennerverbot 2035 festgelegt. In Kürze beginnen Verhandlungen zwischen Mitgliedstaaten und Europaparlament, um das Gesetz zu finalisieren. Da auch das größte Automobil-land Europas keinen Widerstand gegen dieses unsinnige Verbot leistet, scheint eine Abwendung derzeit so gut wie ausgeschlossen.

Statement Gieseke (CDU) zu CO2-Flottengrenzwerten für PKW und leichte Nutzfahrzeuge

Das Europäische Parlament hat am 8. Juni seine Position zur Revision der CO2-Flottengrenzwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge beschlossen. Dazu erklärte **Jens Gieseke**

(CDU), Berichterstatter der EVP-Fraktion und verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Heute hat sich eine knappe Mehrheit des Europäischen Parlaments vom Prinzip der Technologieneutralität verabschiedet. Der Verbrenner soll verboten werden. Dabei bietet der Verbrennungsmotor gerade mit synthetischen Kraftstoffen große Chancen. Entscheidend ist nämlich immer der Treibstoff. Das gilt für den Verbrenner, ebenso wie für das Elektroauto. Solange der benötigte Strom aus fossilen Energiequellen bezogen wird, ist auch ein Elektrofahrzeug nicht emissionsfrei.“

Als EVP wollten wir eine faire, wissenschaftliche Betrachtung und den Wettbewerb um die besten Ideen. Es ist die Aufgabe der Politik, den Rahmen in Form von ambitionierten Reduktionszielen zu setzen und nicht starr eine Technologie vorzuschreiben. Die Ausgestaltung sollte Herstellern und Kunden überlassen werden. Grüne, Liberale und Sozialdemokraten setzen leider lieber alles auf die Karte Elektromobilität. Damit ist weder dem Weltklima, noch der europäischen Wettbewerbsfähigkeit geholfen. Stattdessen nimmt man den Verlust von bis zu einer halben Million Arbeitsplätzen billigend in Kauf. Leider scheinen auch viele Regierungen, allen voran die deutsche Bundesregierung, diesen Irrweg gehen zu wollen. Das Verbrennerverbot 2035 wird wohl nicht mehr zu verhindern sein.“

Statement Verheyen zum Gewinner des LUX-Filmpreis

Zum diesjährigen Gewinner des LUX-Publikumspreises erklärte **Sabine Verheyen** (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung.

„Der diesjährige Gewinner „Quo Vadis, Aida?“ ist ein mitreißender Film, der das europäische Publikum begeistern, aber auch bewegen wird. Regisseurin Jasmila Žbanić gelingt es, die Erinnerung an den Genozid in Srebrenica und die Hinterbliebenen eindrucksvoll zu gestalten. Sie gibt einen tiefen Einblick in die Geschehnisse und schildert eindringlich, was Krieg in den Menschen bewirkt. So lässt sie das Publikum auf beeindruckende Art und Weise in das Szenario eintauchen und das Leid und die Sorgen der Menschen in Srebrenica nachspüren.“

Mit dem LUX-Preis werden großartige europäische Filme ausgezeichnet und einem breiten Publikum über Grenzen hinweg zugänglich gemacht. Ich freue mich sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger durch die Neuauflage des Preises nun noch stärker miteinbezogen werden und ihre Bewertung 50 Prozent der Entscheidung ausmacht. Der LUX-Publikumspreis wird so zu einem wahrhaft europäischen Filmpreis. „Quo Vadis, Aida?“ ist ein hervorragendes Beispiel für den europäischen Film und ich freue mich, dass dieses eindrucksvolle Werk mit dem LUX-Publikumspreis ausgezeichnet wurde.“

Hintergrund:

Der LUX-Publikumspreis ist eine Neuauflage des seit 2007 vergebenen LUX-Filmpreises des EU-Parlaments. Im Zuge der Neuauflage wurde der Gewinnerfilm in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal nicht alleine von den EU-Abgeordneten gewählt, sondern zu gleichen Teilen von den Zuschauern bestimmt, die online über ihren Favoriten abstimmen konnten. Das Europäische Parlament vergibt den Preis gemeinsam mit der Europäischen Filmakademie. Auch die Europäische Kommission und das Europa Cinemas Netzwerk sind Partner des LUX-Preises. Der diesjährige Preisträger konnte sich im Finale gegen die Filme „Große Freiheit“ (Sebastian Meise) und „Flee“ (Jonas Poher Rasmussen) durchsetzen.

Statement Caspary zu Internationalem Beschaffungsinstrument (IPI)

Zur finalen Annahme des Internationalen Beschaffungsinstruments (IPI) erklärte **Daniel Caspary** (CDU), Berichterstatter und Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Nach zehn langen Jahren der kontinuierlichen Arbeit haben wir heute das neue Internationale Beschaffungsinstrument angenommen. Die EU wird dadurch im rauen internationalen Handelsumfeld erheblich gestärkt.

Das Instrument ist in erster Linie ein wichtiger Türöffner für europäische Unternehmen in Drittstaaten. In Zukunft wird der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen der EU für Unternehmen aus Drittstaaten eingeschränkt, wenn sie europäischen Unternehmen keinen vergleichbaren Zugang bieten. Somit sichern wir nicht nur die Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, sondern stärken die EU auf internationaler Ebene. Ich bin stolz darauf, dass der Bericht nun zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen ist.“

Mein Mittelfranken

Europa auf der Zunge und im Herzen

Seit Jahrzehnten setzt sich die Altdorferin Roswitha Dürhammer für die europäische Freundschaft ein. Für dieses Engagement habe ich ihr als mittelfränkische Europaabgeordnete die Europamedaille verliehen.

[Hier](#) finden Sie meine Pressemitteilung zur Verleihung der Europamedaille.

Herzensangelegenheiten

Weltbauern- und Weltmilchtag: Ernährungssicherung fängt bei den Bäuerinnen und Bauern an

Unsere Landwirtinnen und Landwirte legen mit ihrer Arbeit die Grundlage dafür, dass wir die breite Palette an Lebensmitteln zur Verfügung haben, die es für eine ausgewogene Ernährung braucht.

Meine Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#).

Artenvielfalt ist das A und O für Landwirtschaft und Ernährung

Zum Internationalen Tag der biologischen Vielfalt am Sonntag, 22. Mai, hat Marlene Mortler, Agrar- und Ernährungspolitikerin der CSU im Europäischen Parlament, die große Bedeutung der Biodiversität für Ernährung und Landwirtschaft hervorgehoben. Gleichzeitig verwies sie auf Datenlücken und zum Teil fehlendes Wissen über den Zustand der Biodiversität vor Ort.

Meine Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

Auf den Punkt! - „Vertrauen der Bauern zurückgewinnen“

Im Interview mit TV Berlin spreche ich über meine Anfänge in der Politik, meine Arbeit als Agrarexpertin der CSU im Deutschen Bundestag und im EU-Parlament und darüber, wie sich Europa und die EU-Landwirtschaft angesichts der aktuellen weltpolitischen Herausforderungen aufstellen sollten.

Das **Interview** finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Im Gespräch“.

Europatag 2022: Europa steht gemeinsam für Frieden und Freiheit ein

Am 9. Mai 1950 wurde eine neue Idee von Europa geboren, die bis heute weiterlebt: Kooperation und Zusammenhalt sollen langfristig den Frieden und die Freiheit sichern. Das ist das Fundament von Europa und der Europäischen Union, unserer Wertegemeinschaft, die es mehr denn je zu schützen gilt.

Meine Pressemitteilung zum Europatag finden Sie auf meiner [Website](#).

Marlene Mortler würdigt Leistung von Müttern und Erzieherinnen und Erziehern

Zum Muttertag am Sonntag, 8. Mai, und zum Tag der Kinderbetreuung am Montag, 9. Mai, müssen die großartigen Leistungen von Müttern und Erzieherinnen und Erziehern besonders gewürdigt werden. Sie sind wahre Multitalente. Unterstützt werden Familien häufig durch die Arbeit von Betreuerinnen und Betreuer in Kindertagesstätten und Kindergärten, welche von unschätzbarem Wert ist.

Die vollständige Pressemitteilung zum Muttertag und dem Tag der Kinderbetreuung finden Sie [hier](#).

Lesenswert

Europa-News für Kommunen

Kennen Sie die EU-Kommunal?

Hier gibt es Nachrichten speziell für unsere Kommunen aus und für Europa. Die aktuelle Ausgabe lesen Sie [hier](#).

Aus Sicht der Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen aus ihrer Sicht zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

EU-Entwicklungsminister beschließen Schritte gegen Nahrungsmittelkrise

Am 20. Mai 2022 fand der EU-Entwicklungsministerrat statt, bei dem die weltweite Nahrungsmittelkrise infolge des Krieges in der Ukraine zentrales Thema war. Die Minister tauschten sich über die massiven Auswirkungen aus, welche vor allem schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und Länder mit niedrigen Einkommen treffen. Konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit von Lebensmittel- und Agrarsystemen, die im Sinne des Ansatzes „Team Europe“ umgesetzt werden, sollen rasch helfen. Hierzu zählen Soforthilfen, Maßnahmen zur Verbesserung der makroökonomischen Stabilität, aber auch Erreichbarkeit von Nahrungsmitteln, sowie die Unterstützung von über 70 Partnerländern bei der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Zusätzlich will die EU Getreide aus der Ukraine in großen Mengen über Korridore auf die Weltmärkte zu bringen. Eine enge Kooperation mit anderen Akteuren wie den Vereinten Nationen oder im Rahmen der G7 soll eine multilaterale Reaktion auf die Krise ermöglichen. Das Thema Ernährungssicherheit stand am 30. und 31. Mai 2022 auch auf der Tagesordnung des Europäischen Rats, an dem auch der Vorsitzende der Afrikanischen Union, Macky Sall, per Videokonferenz teilnahm. Darüber hinaus hielten die Entwicklungsminister einen informellen Gedankenaustausch mit Filippo Grandi, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, ab, wobei neben der Ukraine die Sahelzone, Afghanistan und Myanmar im Fokus standen. Der Rat nahm zudem Ratschlussfolgerungen an, in denen die EU eine Erneuerung der Partnerschaft mit den am wenigsten entwickelten Ländern bekräftigt.

EU-Außenministerrat: Brüssel will Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf den Westbalkan abmildern

Am 16. Mai 2022 fand der EU-Außenministerrat statt, bei dem das wichtigste Thema die Abmilderung der Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf den Westbalkan war. So will die EU ihr politisches Engagement in der Region ausweiten und die Westbalkan-Länder in ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Destabilisierungsversuchen stärken. Auch zusätzliche finanzielle Mittel könnten bereitgestellt werden. Mit Blick auf Bosnien und Herzegowina betonten die Minister, dass die Untergrabung staatlicher Institutionen mit der europäischen Perspektive unvereinbar sei. Sie brachten auch ihre klare Erwartung zum Ausdruck, dass sich alle Partner in der Region zur EU-Außenpolitik bekennen müssten. Im Anschluss an das Treffen sagte der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, dass Serbien sich stärker anpassen müsse. Bei einem Arbeitssessen diskutierten die EU-Außenminister mit ihren Amtskollegen aus den sechs Westbalkanländern über den weiteren Weg hin zur EU-Mitgliedschaft.

Beim Treffen des Außenministerrats in der Zusammensetzung "Verteidigung" am 17. Mai 2022 war die Lage in Mali wichtigstes Thema. Angesichts der Einflussnahme russischer Söldner in den malischen Streitkräften beschloss der Rat, die Ausbildung im Rahmen der EU-Mission „EUTM Mali“ auszusetzen, ebenso Ausrüstungslieferungen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Statt eines Rückzugs aus der Sahelzone will die EU Ressourcen in die Nachbarländer umverteilen.

EU-Solidarität mit der Ukraine

Bei der Sondertagung des Europäischen Rats am 30. und 31. Mai 2022 beschlossen die EU-Führungsspitzen das sechste Sanktionspaket, welches ein Teilembargo für russisches Öl vorsieht. Es ist beabsichtigt, die Einfuhr von Öl auf dem Seeweg, welches rund zwei Drittel der Gesamtmenge darstellt, zu verbieten. Eine befristete Ausnahme ist für Rohöl, welches über Pipelines geliefert wird, vorgesehen. Am 24. Mai 2022 kündigte der Rat an, die Mittel im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität um 500 Mio. EUR und auf 2 Mrd. EUR zu erhöhen. Außerdem nahm er eine Verordnung zur vorübergehenden Liberalisierung des

Handels an, durch die ein Jahr lang sämtliche Einfuhrzölle auf ukrainische Exporte in die EU entfallen. Die sogenannte EU-Beratungsmission in der Ukraine kehrte am 18. Mai 2022 nach Kiew zurück. Das ursprüngliche Mandat, welches u.a. die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit umfasste, wurde erweitert. Die Mission wird die ukrainischen Behörden bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen unterstützen. Brüssel bekundet Solidarität mit Georgien und der Republik Moldau.

Während eines Treffens mit dem georgischen Premierminister, Irakli Garibashvili, am 18. Mai 2022 bekräftigte EU-Außenbeauftragter Josep Borrell die EU-Unterstützung für die Widerstandsfähigkeit und die territoriale Integrität Georgiens. Borrell traf sich am 18. Mai 2022 zudem mit der Staatspräsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, und sicherte ihr EU-Hilfe bei der Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen zu.

G7-Diplomatie: Maßnahmen für Ernährungssicherheit und gegen den Klimawandel

Am 13. Mai 2022 veröffentlichten die G7-Außenminister mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zwei Erklärungen zur Umsetzung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen sowie zur Förderung von antizipativem Handeln in der humanitären Hilfe. Dies soll Wege für die Klimadiplomatie und die engere Zusammenarbeit von gleichgesinnten Partnern im Rahmen einer „Initiative Klima, Umwelt, Frieden und Sicherheit“ aufzeigen. Im Mittelpunkt steht ferner die Stärkung antizipativer Maßnahmen in Bezug auf u.a. Katastrophenvorsorge, Klimawandel und soziale Sicherung, einschließlich der Bereitstellung entsprechender Finanzressourcen, um humanitäre Krisen abzuschwächen. Angesichts der globalen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Ernährungssicherheit verabschiedeten die G7 ferner eine Verpflichtung zur Unterstützung der UN-Initiative einer „Globalen Krisenreaktionsgruppe für Ernährung, Energie und Finanzen“ (GCRG). Dazu zählt auch die Bewältigung der Nahrungsmittelkrise, insbesondere ihrer Ursachen und Folgen, durch Aufrechterhaltung der ukrainischen Landwirtschaft, humanitäre Soforthilfe und die Förderung nachhaltiger Transformation von Ernährungssystemen.

EU-Außenbeauftragter Borrell in Lateinamerika

Von 27. April bis 3. Mai 2022 reiste der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, für hochrangige Gespräche nach Chile und Panama. Borrell erörterte dabei in Chile insbesondere eine Modernisierung des bestehenden Assoziierungsabkommens, um in den Bereichen Förderung des politischen Dialogs, nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergleichstellung und fairer Handel neue gemeinsame Standards zu setzen. Der Besuch in Panama hatte einen primär regionalen Fokus: Borrell nahm am 3. Mai 2022 an einer gemeinsamen Sondersitzung der Außenminister des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA) und der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) teil. Dabei wurden zahlreiche Themen erörtert, darunter der Klimawandel sowie die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die weltweiten Nahrungsmittel- und Energiepreise. Sowohl in Chile als auch in Panama unterstrich Borrell die Bedeutung der Zusammenarbeit, etwa bei der Stärkung des Multilateralismus und der regelbasierten Ordnung, bei regionaler Integration oder der gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels.

EU leistet Beitrag zur humanitären Hilfe im 11. Jahr des Syrienkonflikts

Am 9. und 10. Mai 2022 fand die sechste Brüsseler Konferenz zum Thema „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ unter Vorsitz der EU statt. Im 11. Jahr des Syrienkrieges mobilisierten die EU und die Vereinten Nationen die internationale Gemeinschaft, um die Notwendigkeit politischer Lösungen anhand der Resolution 2015 des UN-Sicher-

heitsrats zu bekräftigen sowie auf die schlechten Lebensbedingungen in Syrien aufmerksam zu machen. Laut dem Kommissar für Krisenmanagement Janez Lenarčič seien knapp 15 Mio. Menschen allein in Syrien auf humanitäre Nothilfe angewiesen.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell ergänzte, 90% der Menschen in Syrien würden in Armut leben und 60% wären von Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Geberveranstaltung sagte einen Betrag von insgesamt 6,4 Mrd. EUR finanzieller Hilfe für 2022 und darüber hinaus zu, d.h. eine Steigerung von 20% zum Vorjahr. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind mit 4,8 Mrd. EUR die wichtigsten Mittelgeber für die Unterstützung der Menschen in Syrien und der benachbarten Aufnahmeländer syrischer Flüchtlinge. Die EU stellt 3,1 Mrd. EUR aus ihrem Haushalt bereit, während die Bundesregierung 1,05 Mrd. EUR ankündigte.

Golfstaaten und EU stärken ihre strategische Partnerschaft

Am 18. Mai 2022 veröffentlichte die EU eine Erklärung zur strategischen Partnerschaft mit der Golfregion. Das Ziel ist die verstärkte Kooperation mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC) und seinen Mitgliedstaaten. Thematisch stehen u.a. die Bereiche Energie, ökologischer Wandel und Klimawandel sowie die Handelsbeziehungen im Mittelpunkt. Zudem wird der Anspruch unterstrichen, sowohl regionale Stabilität und Sicherheit zu fördern, als auch humanitäre und entwicklungspolitische Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Beide Parteien bekräftigen schließlich die Stärkung der interkulturellen Zusammenarbeit und Austausches.

Jährlicher EU-Zentralasien-Dialog

Die neunte Ausgabe des jährlichen EU-Zentralasien-Dialogs fand am 17. Mai 2022 in Brüssel statt. Das Hauptaugenmerk lag auf außen- und sicherheitspolitischen Aspekten. Deshalb wurde, neben den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, ein Fokus auf die Folgen der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sowie des russischen Einmarschs in der Ukraine für die Region gelegt. Die EU betonte ihre Bereitschaft, sich für eine intensivere regionale Kooperation in Zentralasien einzusetzen. Zudem wolle Brüssel die Region in Fragen der Wasserknappheit unterstützen und bei der 2. internationalen Wasserkonferenz in Dushanbe im Juni teilnehmen.

EU-Japan-Gipfel

Am 12. Mai 2022 kamen der Präsident des Europäischen Rats, Charles Michel, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zum 28. Gipfeltreffen EU-Japan in Tokio mit dem japanischen Premierminister Fumio Kishida zusammen. Neben einer Intensivierung der bilateralen Partnerschaft bei der Digitalisierung sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erörterte man die Lage in der Ukraine. Zudem konnte man sich auf eine stärkere Zusammenarbeit, um einen freien und offenen indopazifischen Raum sicherzustellen, verständigen. Letzteres sei vor allem wegen anhaltender unrechtmäßiger Raketen-Tests durch Nordkorea oder chinesischer Machtbestrebungen notwendig. Deshalb würden die EU und Japan ihren Austausch über China vertiefen und sich gemeinsam für eine internationale regelbasierte Ordnung in der Region einsetzen.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Felix Beck, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.